

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/034(VI)/19			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 18.01.2019	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:40Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 30. 11. 2018 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
- 5.1 Alte Elbe A0119/18
Fraktion CDU/FDP/BfM SR Rupsch
- 5.1.1 Alte Elbe S0343/18
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung
- 6 Informationen
- 6.1 Zwischeninformation zur Situation Neue Neustadt I0246/18
BE: Oberbürgermeister
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Frank Schuster

Dr. Falko Grube

Jens Rösler

Christian Hausmann

i.V.f. SR Hitzeroth

Oliver Müller

Jenny Schulz

Olaf Meister

Hugo Boeck

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Mike Eve

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Jens Hitzeroth

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 30. 11. 2018 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 30. 11. 2018 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Ausschusses bei 1 Enthaltung genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Anträge

5.1. Alte Elbe Vorlage: A0119/18

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

In seinen Ausführungen geht Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, auf Presseveröffentlichungen in der „Volksstimme“ vom 19. 12. 2018 und 07. 01. 2019 zur Thematik Alte Elbe ein. Er merkt an, dass im Landtag Sachsen-Anhalt durch die Landtagsabgeordnete Frau Eisenreich eine Anfrage hinsichtlich der Versandung und des Bewuchses der Alten Elbe gestellt wurde. In der Beantwortung des Umweltministeriums des Landes wurde u.a. dargestellt, welche Maßnahmen hier seit 2016 durchgeführt wurden, um dem Hochwasserschutz Genüge zu tun. Von ihm werde die Stellungnahme der Verwaltung so gesehen, dass hier keine Maßnahmen stattfinden, was jedoch im Widerspruch zur Stellungnahme des Landes steht.

Der Beigeordnete Herr Platz merkt an, dass es konkret zur Frage der Ausbaggerung der Alten Elbe keine derartigen Maßnahmen gibt. Unabhängig davon werde jetzt das Einvernehmen mit dem Landesamt für Hochwasserschutz (LHW) hinsichtlich eines Unterhaltungsrahmenplanes angestrebt, um regelmäßig die Pflege und Unterhaltung zu betreiben. Insbesondere verweist er hinsichtlich erfolgter Maßnahmen seitens der Stadt auf durchzuführende Rodungsmaßnahmen, welche aufgrund der Versandung im Wurzelbereich des Bewuchses erforderlich sind.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, macht darauf aufmerksam, dass sich der Antrag nicht nur auf Ausbaggerungsmaßnahmen bezieht, sondern aus zwei Teilen besteht. So bezieht sich der erste Teil des Antrages auf die Entfernung von Bäumen und Sträuchern im Bereich der Alten Elbe.

Bezug nehmend auf Absatz 2 der Stellungnahme verweist der Oberbürgermeister auf den hier enthaltenen Hinweis zur Aufstellung eines Unterhaltungsrahmenplanes und merkt an, dass die Stadt Willens ist, die hier enthaltenen Maßnahmen mit umzusetzen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, zitiert aus der Stellungnahme des Landesumweltamtes und legt seine Auffassung dar, dass die Thematik weder für das LHW noch für das Land Sachsen-Anhalt beendet sei.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, führt aus, als Bewohner des betreffenden Stadtteils den vorliegenden Antrag als reinen Populismus anzusehen. Erläuternd verweist er auf Darstellungen des Landesamtes für Hochwasserschutz im Rahmen von Einwohnerversammlungen, dass die erforderlichen Maßnahmen des Unterhaltungsplanes regelmäßig durchgeführt werden. Regelmäßig wurde dabei auch die Aussage getroffen, dass keine Ausbaggerungen stattfinden. Er stellt fest, dass somit den Einwohnern des Stadtteiles immer wieder erklärt wurde, dass etwas passiert.

Stadtrat Rösler legt seine persönliche Auffassung dar, die Stellungnahme der Verwaltung ebenfalls so verstanden zu haben, dass nichts unternommen wird. Er hält es für gut, wenn hierzu im Stadtrat nochmals klarstellende Ausführungen vorgenommen werden.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, informiert über die Diskussion zum Antrag A0119/18 im Ausschuss StBV unter Teilnahme des zuständigen Sachgebietsleiters Untere Wasserbehörde im Umweltamt Herrn Puhane. Auf Nachfrage, zum Hintergrund der Aussage der Verwaltung, den Antrag nicht zu beschließen, wurde von Herrn Puhane darauf verwiesen, dass die geforderten Maßnahmen bereits ausgeführt werden. Stadtrat Dr. Grube spricht sich dafür aus, die Maßnahmen im oberen Bereich der Alten Elbe weiterzuführen. Dafür müsse keine komplette Ausbaggerung erfolgen. Er erklärt, sich bei der Abstimmung zum Antrag enthalten zu wollen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, nimmt Bezug auf die in diesem Bereich aktiven Sportvereine und stellt fest, dass es hierzu bereits eine Vielzahl von Gesprächen auch mit dem LHW gegeben hat. Er führt aus, dass die bestehende Problematik schon seit Jahren gesehen wird und hier eine klärende Lösung gefunden werden muss.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, verwahrt sich gegen die Aussage des Stadtrates Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, dass der Antrag A0119/18 reiner Populismus sei.

Zu seinem Hinweis auf eine Arbeitsgruppe unter Leitung des LHW und der Fertigstellung eines Unterhaltungsrahmenplanes im Einvernehmen mit der Unteren Umweltschutzbehörde merkt der Oberbürgermeister an, dass dies bereits im 2. Absatz der Stellungnahme der Verwaltung dargelegt wurde. Im Ergebnis der bisher geführten Diskussion führt der Oberbürgermeister aus, dass die Formulierung hinsichtlich des Vorschlages der Verwaltung, dem Antrag nicht zu entsprechen, aus der Stellungnahme entfernt werden kann.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet es als nachvollziehbar, dass seitens der Verwaltung die Beschlussfassung des Antrages abgelehnt werden sollte, da die hier beantragten Maßnahmen bereits durchgeführt werden.

Der Oberbürgermeister sieht mit Hinweis auf den erstellten Unterhaltungsrahmenplan keinen Gesprächsbedarf mehr und auch keinen bestehenden Widerspruch. Mit dem vorliegenden Antrag soll lediglich etwas beauftragt werden, was bereits umgesetzt wird.

Stadtrat Boeck, Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei, stellt fest, dass bereits eine Klärung hinsichtlich der Beseitigung des Bewuchses erfolgt ist. Damit entfällt eine Grundlage für den vorliegenden Antrag, sodass auch keine Zustimmung zu diesem erforderlich ist. Er vertritt die Auffassung, dass sich darauf berufen werden sollte, was seitens des LHW für möglich gehalten wird und was auch den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, kündigt die Einbringung eines entsprechenden Änderungsantrages zur Behandlung im Stadtrat an, nach vorheriger Fraktionsabstimmung.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, mahnt kritisch an, die Diskussion zu versachlichen. Bezüglich des Antragstextes merkt er an, dass im ersten Teil des Antrages die Formulierung „... und der Stadt Magdeburg Gespräche dahingehend zu führen...“ die Worte „und der Stadt Magdeburg“ gestrichen werden könnten. Zum Anliegen des Antrages legt er seine Auffassung dar, dass die Thematik in den letzten Jahren permanent diskutiert wurde. Den Bürgern sei jedoch oftmals nicht bewusst, dass bereits an der Problematik gearbeitet werde.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister den Antrag unter Beachtung der redaktionellen Änderung in der Stellungnahme der Verwaltung zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0119/18 der Fraktion CDU/FDP/BfM in seiner Sitzung am 21. 02. 2019 zu beschließen.

5.1.1. Alte Elbe Vorlage: S0343/18

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Informationen

6.1. Zwischeninformation zur Situation Neue Neustadt Vorlage: I0246/18

Zur Information besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Preisträgernominierung „Das unerschrockene Wort“

Auf Nachfrage des Stadtrats Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinsichtlich des Werdegangs des mit Beschluss des Verwaltungsausschusses Beschluss-Nr. VW 098-31(VI)18 vom 10. 08. 2018 erfolgten Vorschlags zur Nominierung der Rechtsanwältin, Autorin und Frauenrechtlerin Frau Seyran Ateş informiert der Oberbürgermeister, dass der Vorschlag mit Erfolg eingereicht wurde und die Ehrung bereits erfolgte. Hierzu erging auch eine entsprechende Pressemitteilung.

7.2. Eilantrag des Kulturausschusses

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, informiert über die Einbringung eines Eilantrages des Kulturausschusses, welcher noch Bestandteil der Tagesordnung des Stadtrates am 24. 01. 2019 werden soll. Inhalt des Antrages ist die Klärung der Raumnutzung des Volksbades Buckau. Vorgesehen ist die Beantragung der Überweisung des Antrages in den Verwaltungsausschuss und den Betriebsausschuss KGM.

7.3. Europawahl

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, hinterfragt die Möglichkeit, bereits vor der offiziellen Frist Wahlstände aufstellen zu können.

Im Weiteren thematisiert er Anfragen von Bürgern im Rahmen der Bürgerversammlung in Salbke am 15. 01. 2019 hinsichtlich des weiteren Umgangs mit rumänischen Bürgern in diesem Stadtteil. Er macht darauf aufmerksam, dass sich hier eine ähnliche Problemlage darstellt, wie im Stadtteil Neue Neustadt.

Der Oberbürgermeister führt aus, die Situation im Stadtteil Salbke zu kennen, verweist jedoch darauf, dass auch hier keine schnelle Lösung möglich sein wird.

Zur Frage der Wahlstände gibt der Beigeordnete Herr Platz den Hinweis, dass bereits vor einigen Jahren mit den Fraktionen eine Verständigung dahin erfolgte, dass in einem bestimmten Zeitraum eine anmelde- und kostenfreie Sondernutzung für Wahlstände zulässig ist. Dieser Zeitraum beträgt 8 Wochen vor einer Wahl. Wenn jedoch eine sofortige Sondernutzung gewollt sei, müsse eine Abstimmung erfolgen, ob auch andere Beteiligte da so wollen. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass außerhalb des festgesetzten Zeitraumen entsprechende Gebühren fällig werden. Jeder Stand müsse einzeln für jeden Tag angemeldet werden. Herr Platz äußert die Bitte, diese Thematik in den Fraktionen zu besprechen und ggf. eine Rückmeldung zu geben.

Stadtrat Rösler, SPD-Fraktion, hält die abgestimmte 8-Wochen-Frist für angemessen und vertritt die Auffassung, dass sich diese Regelung bewährt habe. Er sieht es aber auch nicht als problematisch an, wenn außerhalb dieser Frist Einzelanmeldungen erfolgen.

Abschließend legt der Oberbürgermeister dar, dass, wenn keine mehrheitlich andere Auffassung im Stadtrat besteht, die bestehende Regelung beibehalten wird.

7.4. Prüfung Antrags- und Abrechnungsprozedere Initiativfonds Gemeinwesenarbeit

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, äußert seinen Dank an die Verwaltung für die erfolgte Prüfung des Antrags- und Abrechnungsprozedere gemäß der Zusage des Oberbürgermeisters im Verwaltungsausschuss am 30. 11. 2018 (TOP 6.4).

Nach seinem Empfinden gibt es jedoch Irritationen hinsichtlich der Frage, ab wann ein Projektbeginn ausgelegt war bzw. wann mit einer Projektwerbung begonnen werden darf. Im vorgelegten Prüfergebnis sei nicht klar dargestellt worden, wie hier der Umgang zu werten ist, wenn an der entsprechenden GWA-Sitzung Pressevertreter teilnehmen und dann über das jeweilige Projekt berichten.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, informiert über die bestehende Verunsicherung in den AG Gemeinwesenarbeit, die dazu führt, dass eine Teilnahme von Pressevertretern nicht mehr gewollt sei.

Der Oberbürgermeister bezeichnet es als unsinnig, hier so vorzugehen, dass damit bereits der Projektbeginn festgesetzt wird. Er kündigt an, die Festlegung zu treffen, dass eine derartige Berichterstattung nicht als Projektbeginn zu interpretieren ist.

Er schlägt vor, in Protokollen der GWA-Sitzungen die Formulierung zu verwenden, dass entsprechende Projekte unter dem Vorbehalt der Fördermittelbereitstellung stehen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin